

# BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim  
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber

BLICKPUNKT Nr. 03

Mai 2010

Jahrgang 39

Folgen der Banken- und Wirtschaftskrise:

## Städte drohen handlungsunfähig zu werden

**DKP: Gemeinderat muss für seine Bürger da sein!**

Der Deutsche Städtetag schlägt Alarm. Viele Städte stehen vor dem Kollaps. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. Man befürchtet in diesem Jahr ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den folgenden Jahren soll es sich nicht bessern.

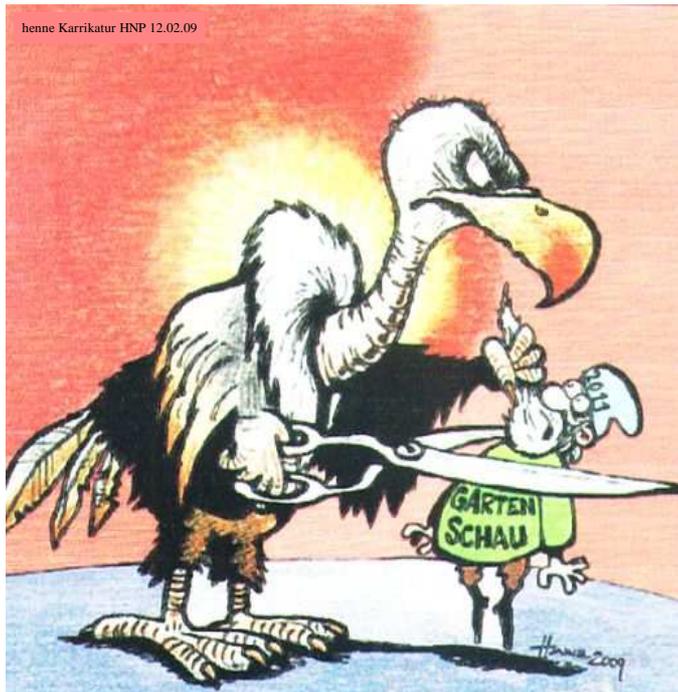
Massiv sinkende Steuereinnahmen und ständig steigende Sozialausgaben drängen die Städte zu Sparkursen. Diese müssten aber nicht sein, wenn Bundes- und Landesregierungen ihre zugesagten Gelder an die Städte und Gemeinden ausbezahlen würden.

Auch in Heidenheim hat der Gemeinderat im Februar erstmals öffentlich über eine Streichliste bis 2011 von insgesamt rund 2,5 Mio. Euro beraten. Zur Diskussion standen Erhöhungen bei Parkgebühren, Hundesteuer, Elternbeiträge, Musikschule, Waldfreibad und Wochenmarkt.

Einsparungen sind im Personalbereich, Ortschaftsverwaltungen, Kinderfest, Konzerte, Volkshochschule, Museen, im Jugendbereich z.B. Mitternachtssport, Spielmobil Straßenfußball, der Aktion „Mitmachen Ehrensache“ und im Sommerferienprogramm der VHS beschlossen worden. Den Badegä-

sten im Waldfreibad wird doppelt in die Badetasche gegriffen.

in den vergangenen Jahrzehnten für ein besseres Leben entstanden.



henne Karrikatur HNP 12.02.09

Der Eintrittspreis wird höher, ihre Badesaison dafür kürzer.

DKP-Stadtrat Reinhard Püschel erinnerte in seinem Redebeitrag an die wiederholten Aussagen OB Ilgs, dass sich die Menschen in unserer Stadt wohl fühlen sollen. Diese jetzt zur Streichung freigegebenen Leistungen seien

Die Kommunen, so Püschel, haben einen gesetzlichen Auftrag, nämlich, die Daseinsvorsorge für die Bürger und Bürgerinnen zu gewährleisten. Püschel erinnerte auch an einen Antrag der Gemeinderatsfraktion Die Linke/DKP, in dem die Gemeinderäte der Städte und Gemeinden (Kommunen) aufgefordert werden, gemeinsam die notwendigen Gelder von der Bundes- und Landesregierung einzufordern. Für die DKP steht es außer Frage, dass die Gewerbesteuer erhöht,

ein Zinsmoratorium eingeführt und das Konexitätsprinzip durchgesetzt werden muss. Die Kommunen sind es, die einen Schutzschirm brauchen, meinte Püschel. Die Verursacher der Krise, die in den Chefetagen der Banken und Industrie sitzen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.



## Zivilmilitärische Zusammenarbeit Was ist das?

Die Bundeswehr wird immer polizeiähnlicher und die bundesdeutsche Polizei wird immer militärähnlicher. Diese Verzahnung beider Einrichtungen in diesem unserem Lande geschieht klamm heimlich. Diese so genannte Zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) umschließt weite Bereiche unseres „freiheitlichen demokratischen“ Zusammenlebens.

In Heiligendamm wurden 2007 gegen Demonstranten, Jugendliche, Friedensfreunde und Gewerkschafter Tornado-Jagdflugzeuge im Tiefflug eingesetzt. Im Jahre 2009 wurde in Baden-Baden/Kehl im Rahmen der Ostermarschbewegung eine Armee von rund 30.000 Mann in einem bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch gegen Friedensaktivisten eingesetzt. Zunehmend verschwindet der Verfassungsbegriff „Verteidigung“ mehr und mehr aus dem Wortschatz der herrschenden Politik.

Militärisches Denken und Handeln soll Bestandteil des ganzen Lebens werden - es soll die Gesellschaft durchdringen und allgegenwärtig sein.

Bundeswehrreferenten an Schulen, Informationstermine zur Soldatensuche im Landratsamt, Bundeswehrmessenstände bei Ausbildungsbörsen, die Qualifizierung und Zusammenarbeit von ärztlichen Fakultäten und Abteilungen an Krankenhäusern, sind Beispiele dieser zivilmilitärischen Zusammenarbeit.

Von dieser so genannten zivilmilitärischen Zusammenarbeit geht die Gefahr aus, dass mit der Vernetzung und Durchdringung des Militärs im zivilen Bereich ein totaler Staat im Gewand der Legalität droht. „Eine Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie“, wie es bereits anlässlich der Notstandsgesetze von G. Benz ehm. Vorstandsmitglieds der IG Metall formuliert wurde. ★

## Meeboldstraße Finanznot verhindert Sanierung der Kanalisation

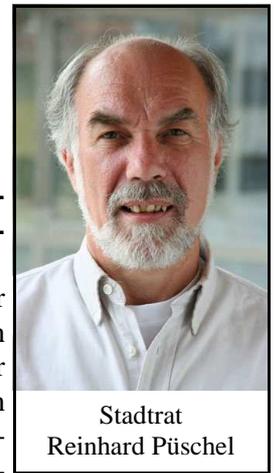
Wann wird unser Kanalsystem erneuert, wollten die Oststadtbewohner aus der Meeboldstraße wissen? Auf eine entsprechende Anfrage in der Sitzung des Gemeinderats am 25. März hatte der Oberbürgermeister eine enttäuschende Antwort: Im Rahmen der Streichliste seien die geplanten Kanalisationsarbeiten in der Meeboldstraße herausgenommen worden. „Das tut mir leid“, so der OB Ilg, die Kanalsanierung habe jedoch oberste Priorität. Nun warten die Oststädter schon seit Jahrzehnten auf die Sanierung der Kanalisation - und werden nun wieder vertröstet.

Schneller allerdings ging es mit der Teilschließung der Meeboldstraße. Trotz hundertfachem Protest seitens der Bewohner hat im letzten Jahr 2009 eine Mehrheit im Gemeinderat dem Wunsch der Firmenleitung Erhard entsprochen und die Teilschließung beschlossen. Grund: Die Straße soll wegen der Werksmodernisierung ins Fabrikgelände integriert werden.

## Anfrage an Landrat Mader: Droht ein autoritärer Staat?

### Wie weit ist Zusammenarbeit zwischen Militär und Landkreisverwaltung vorangeschritten?

Die Zeichen mehren sich: Mit der Kriegsführung nach außen schreiten auch die Militarisierung und der Einsatz der Bundeswehr im Innern voran. Die Polizei wird immer militärähnlicher. Die Trennung von Militär und Polizei wird schleichend aufgehoben. Diese Sorge treibt immer mehr Menschen um. Deshalb stellte die Gemeinderatsfraktion „Die Linke/DKP“ einige Fragen an die Landkreisverwaltung Heidenheim. Dabei geht es um die „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“ (ZMZ Inneres) im Landkreis Heidenheim. U. a. wollen die Stadträte R. Püschel, H. Mack und N. Fandrich vom Landrat wissen, wie weit die Umsetzung der ZMZ vorangeschritten ist. Wo hat das Kreisverbindungskommando seinen Sitz? Welche konkreten Aufgaben besitzt das Militär und/oder der Reservistenverband? Auf welches Waffenlager haben die Kommandos Zugriff? Ist das Klinikum in Heidenheim mit eingebunden? Welche Krisen im Landkreis sollen mit militärischer Hilfe „zivil“ gelöst werden? Über all diese Fragen, so DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, muss die Öffentlichkeit aufgeklärt werden. Wir bitten Sie daher, bei den entsprechenden Stellen darauf einzuwirken, dass antidemokratische und militaristische Prozesse gestoppt werden.



Stadtrat  
Reinhard Püschel



Unwetter am 24.06. 2009 über der Meeboldstraße.  
Regenwasser läuft nicht ab.

Mittlerweile kursieren Gerüchte (Agentur Reuters) wonach die Firma Erhard (Mischkonzern Tyco) erneut in andere Hände verkauft werden soll. Die Firmenleitung Erhard selbst will nicht einmal nach „inoffiziellen“ Hinweisen von dem Verkauf etwas erfahren haben. ★

## Museum im Römerbad

Ein volles Haus hatte das Römerbad-Museum am 21. März 2010 bei einer öffentlichen Führung, sowie an zwei weiteren Veranstaltungstagen. Im krassen Gegensatz dazu stand hingegen eine Abstimmung im Heidenheimer Gemeinderat am 25. Februar 2010. Dieser befasste sich mit der Schließung des Museums. Drei Gemeinderatsmitglieder, darunter DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, sprachen sich gegen die Schließung aus. Jetzt wird nur noch nach Bedarf geöffnet. Für ein so historisch wertvolles Museum ist das keine gute Werbung. ★



## Wir brauchen einen barrierefreien Bahnhof

Klar, wenn zig Milliarden Euro für den neuen Bahnhof Stuttgart 21 ausgegeben werden, bleibt für den Rest des Schienenverkehrs wenig übrig. Jetzt schränkt die Deutsche Bahn auch noch die Öffnungszeiten der Reiseschalter ein: Auch im Heidenheimer Bahnhof. Das Reisezentrum ist das einzige, das an der Brenzbahn zwischen Aalen und Ulm überhaupt noch offen hat und wo Menschen am Schalter Reiseauskünfte erteilen und Tickets verkaufen. Allein im letzten Jahr 2009 waren die Reisezustände auf der Brenzbahnstrecke für die Bahnkunden unerträglich. Dabei wird schon seit vielen Jahren eine Verbesserung des Schienenverkehrs verlangt –und von maßgeblicher Seite zugesagt. Gefordert wird ein engeres Fahrangebot, den zweigleisige Ausbau der

Strecke und den barrierefreie Zugang zu den Gleisanlagen. Schon im Oktober 2009 hatte der Technik- und



Ist das der Übergang für Rollstuhlfahrer?

Umweltausschuss des Heidenheimer Gemeinderats über das zwischen Land und Bund vereinbarte Bahnhofsmo- dernisierungsgesetz diskutiert. Damals kam DKP-Stadtrat Pü-

schel zu der Überzeugung, dass nicht erst im Jahr 2016 sondern viel später der Bahnhof und damit die Brenzbahn einem realistischen Ausbau entgegen sehen könne. Das scheint sich bisher zu bestätigen. Wie gesagt, der unsinnige, milliarden- schwere Neubau des Haupt- bahnhofs Stuttgart 21 bindet die Gelder für einen breitflächigen Ausbau des Schienenverkehrs. Einen ersten Rückschlag hat jetzt auch die „Gäubahn“ von Stuttgart nach Singen erfahren müssen. Es fahren keine ICE- Züge mehr! „Wir müssen den ständigen Verschlechterungen entgegenwirken und den politischen Druck weiter erhöhen!“ Dafür haben der Tuttlinger Landrat G. Wolf und mehr als 40 Landtagsab- geordnete fraktionsübergreifend prote- stiert. ★

## Gemeinderat erhöht Gebühren bei Musikschule

**Landesverband der Musikschulen: Unterricht muss bezahlbar sein!**

**DKP: Politischer Druck für kostenlosen Musikunterricht!**

Kaum im Amt als Ministerpräsident, macht sich Stefan Mappus stark für mehr Musikschulunterricht für Kinder. Vom kommenden Schuljahr an will der Landesvater in 1000 Bil- dungskooperationen zwischen Musik- schulen und Kindergärten erreichen, dass bis zu 20.000 Kinder eine vor- schulische Musikerziehung bekom- men.

Sind das schon die Vorläufer des Landtagswahlkampfes fürs Jahr 2011? Den Versprechungen der CDU ge- führten Landesregierung sollte man nicht glauben. Zumindest, wenn man auf die leeren Kassen der Städte und Gemeinden blickt. Bereits wenige Tage zuvor hat der Heidenheimer Gemeinderat die Gebühren für die

Musikschule schon mal um zwei Pro- zent erhöht. Einzig die Fraktion Die Linke/DKP hat gegen die Erhöhung gestimmt. In anderen Städten wurde und wird sich das gleiche Schauspiel wiederholen. Angesichts der leeren Kassen kann man davon ausgehen, dass die vollmundigen Versprechen von Stefan Mappus nur Absichtserklä-

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

rungen sein werden.

Der Landesverband der Musikschulen ist noch zuversichtlich, was den Musikschulunterricht angeht. Wenn Kinder schon im Kindergarten eine musi-

kalische Grundausbildung erhalten, tun sie sich in der Schule leichter. Musik fördert die Entwicklung des Menschen zum Guten.

Aus diesem Grunde, so die Ansicht der DKP, müssen der Landesverband

und die Elternvertreter zusammen politischen Druck ausüben, damit Musikunterricht allen Kindern, auch denen aus finanzschwachen Elternhäusern, zugute kommt.



## Statt Schutzschirme für die Reichen - denen die Profite streichen!

### Landespolitische Forderungen der DKP Baden-Württemberg Die Menschen müssen für ihre Rechte kämpfen

Im Rahmen der im Jahr 2011 stattfindenden Landtagswahlen will die DKP landespolitische Forderungen aufstellen. Alle Mitglieder sind daher aufgerufen, ihre politischen Meinungen und Vorstellungen in die Diskussion einzubringen. Bisher liegt ein 12 Punkte Programm vor. Darin streitet man für Arbeitsplätze, Recht auf Bildung und Ausbildung, preisgünstigen Wohnraum, gegen Militarisierung und Rechtsentwicklung, für eine soziale Gesundheitspolitik ebenso wie für eine kostengünstige Energie und Wasserversorgung.

Geld ist genug da, meint die DKP, es ist nur in den falschen Händen. Die

großen Konzerne machen gigantische



Profite und bilden riesige Kriegskassen für weltweite Übernahmeschlachten. Diese Profite müssen für soziale Aufgaben und die Schaffung

von Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Das wesentliche Moment für politische Veränderungen sind außerparlamentarische Bewegungen und Kämpfe. Die Menschen, so die DKP, müssen selber für ihre Interessen und Rechte aktiv werden. Die DKP setzt daher ihre Kraft und Möglichkeit vor allem dazu ein, Aktionen, Kämpfe und breite Bündnisse gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialkahlschlag, Demokratieabbau und Militarisierung zu initiieren und zu unterstützen. Im

Juni 2010 werden die Kommunisten ihr Forderungsprogramm auf einer Landesmitgliederversammlung verabschieden.



## Scheinheilige Hirten

Gastkommentar von Klaus Hartmann  
Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes aus UZ vom 23.04.2010

Ob Toyota oder dem Vatikan der Preis für das katastrophalste Krisenmanagement gebührt, ist nebensächlich. Auch nach einer Lawine von Enthüllungen, die ein unerhörtes Ausmaß von Gewalt und sexuellem Missbrauch in klerikalen Institutionen ans Licht brachte, wurde noch keine Rückrufaktion nicht verkehrstüchtiger Priester bekannt.

Notwendig sind nicht "runde Tische", sondern schonungslose Aufklärung jedes Einzelfalls durch die zuständigen Staatsanwaltschaften, unabhängig vom jeweiligen Zeitpunkt und eventueller strafrechtlicher Verjährung. Die Praxis, zunächst 'interne Untersuchungen' anzustellen, und dann "gegebenenfalls" staatliche Stellen zu informieren, ist genauso abwegig, wie wenn Banküberfälle zuerst durch die Bankräubervereinigung geprüft würden oder für Mordermittlungen zunächst die Mafia zuständig wäre. Der Skandal wirft ein trübes Licht auf den Monopolspruch der Kirchen auf Ethik, Moral und die sogenannte christlich-abendländische Werteerziehung. Ihre demagogische Behauptung, die rapide abnehmende Bindung der Menschen an

die Kirchen habe einen totalen Werteverlust bewirkt, ist frivol, da nach dieser Logik die kirchliche Bindung ihres eigenen Personals ja besonders locker sein muss.

Unverschämt auch die Feststellung von Merkwürden Mixa, die sexuelle Revolution sei für die Missbrauchsfälle in der Kirche mitverantwortlich. Mixa, als oberster Militärbischof um die Kampfmoral der Afghanistan-Krieger wie um die Geburtenrate der deutschen Mutter besorgt, will vermutlich mitteilen, dass die sexuelle Revolution besonders unter seinesgleichen wie eine Bombe eingeschlagen hat. Dabei ist offenkundig, dass die verklemmte, scheinheilige Sexualmoral der Mutter Kirche das göttliche Personal zu seinen Eskapaden treibt. Seit vergangener Woche hat unter anderem die FAZ eine Kampagne gestartet, die "Watschen-Mixa" als Bauern-, pardon Bischofsopfer verlangt. Ein Opfer soll das "System" retten: der staatlichen Privilegierung der Kirchen. Dabei hat genau diese Sonderbeziehung von Staat und Kirche den klerikalen Machtmissbrauch begünstigt. Nicht nur Freidenker sind der Auffassung, dass nach den Verbrechen der Gottesmänner gegen Menschenrechte und Menschenwürde eine Konsequenz überfällig ist: die gründliche Trennung von Staat und Kirche sowie Kirche und Schule. Es darf keine rechtsfreien Räume für Kleriker geben, Arbeits- und Tarifrecht muss auch in kirchlichen Einrichtungen gelten, Kirchen müssen raus aus dem Bildungswesen, die "Militärseelsorge" gehört abgeschafft!



# Spende

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung  
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten  
Geld. Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 03  
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!